

KREIDEKREIS

Die Zeitung der österreichischen LehrerInnen Initiative - Unabhängige GewerkschafterInnen für mehr Demokratie



Inhalt

- Seite 2 • Who, the hell, was born in 1953?
• Primat der Banken vor den Menschen
- Seite 3 • Keine Bewegung bei den Bildungsbetonierern der ÖVP
• Mit uns für eine gerechtere Welt
• Schulsozialarbeit
- Seite 4 • Gesetzesbegutachtungen
Dez. 2010 / Jän. 2011
- Seite 5 • PV/Gewerkschafts-Schulungen
- Seite 6 • Ferngesteuert
• Bildungsvolksbegehren
• Kinderrechte
- Seite 7 • Weltfrauentag 8. März 2011
• Wann werden Sie ÖLI-UG Mitglied?
• Impressum
- Seite 8 • LehrerInnenausbildung wird reformiert
• Die ÖLI-UG Buchempfehlung
• Salcher nicht mehr Schüleranwalt

Termine

BundeslehrerInnentag

Dienstag, 15.03.2011, 08:45 Uhr
Volkshaus Dornach-Auhof,
Niedermayrweg 7, 4040 Linz/Urfahr

PV/Gewerkschafts-Schulungen

Sa., 12.03.2011 v. 10:00–17:00 Uhr in der HAK, Kaiser-Max-Str. 13, 6060 Hall in Tirol und am Di., 15.03.2011 von 13:30–17:00 Uhr, nach dem BundeslehrerInnentag, im Volkshaus Dornach in Linz.
Anmeldung erforderlich – siehe S 5.

Kreidekreis Nr. 2/2011
Februar

Anfragen und Infos:
oeli@kreidekreis.net
www.oeli-ug.at

CP IKS-Nr.: 267-53401-1010-1083
klimaneutral gedruckt
www.gutenberg.at

P.b.b. 4643 Pettenbach (Verlagsort)
GZ 02Z030917M

BundeslehrerInnentag 15.3.2011

Schulsozialarbeit und Zukunftsperspektiven

Österreichische LehrerInnen Initiative, ÖLI-UG, und Unabhängige Bildungsgewerkschaft, UBG, laden zum BundeslehrerInnentag am Di., 15. März 2011, 08:45 Uhr, ins Volkshaus Dornach, Niedermayrweg 7, 4040 Linz-Urfahr, ein.

Der Besuch ist allen öö. BundeslehrerInnen (LSR-Erlass) gestattet, es ist dies nur in der Direktion zu melden (du brauchst nicht melden, zu welcher Fraktion du gehst!).

Programm

08:45 Uhr: Büchertische, Info-Stände, Gespräch mit Koll. von ÖLI-UG u. UBG

09:00 Uhr: Begrüßung, ÖLI und UBG-Informationen

09:15 Uhr: Einleitungsstatements

• Schulsozialarbeit aus Sicht eines Direktors und Lehrers, OStD Hans Bauer, München, Fach-/Berufsschule

• Schulsozialarbeit in der Erfahrung ei-

nes Sozialarbeiters, Herr Otto, Sozialarbeiter, München

• Schulsozialarbeit an öö APS, DSA Alfred Kohlberger, Leiter Neustart OÖ

• Projekt „SuSA“ des Landes OÖ ab SS 2011, Mag. Reinhold Rampler, Jugendwohlfahrt, Land OÖ.

• Podiumsdiskussion:

- Schulsozialarbeit an weiterführenden Schulen in Deutschland

- Schulsozialarbeit an öö. HS / PTS

- Was und wie können wir davon für AHS/BMHS lernen?

12:30 Uhr: Mittagessen – Möglichkeit zum weiteren Gedankenaustausch mit KollegInnen von ÖLI und UBG. Speisen und Getränke werden von ÖLI und UBG finanziert. Um Spenden wird ersucht.

13.30 Uhr: Personalvertretungsschulung und Personalvertretungsberatung:

• Transparenz, Mitbestimmung und Solidarität als Basis guten Schulklimas

€ 3.690,- und andere Themen

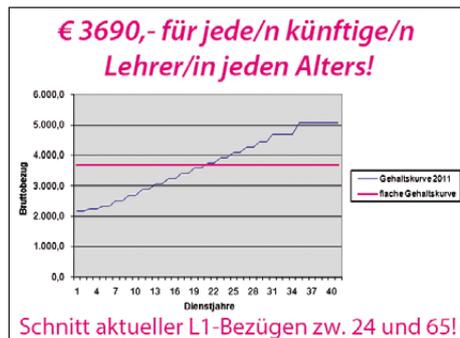
Nicht alles dreht sich ums Geld! Bloß die Schlagzeilen.

Am 27.01.11 lud die ÖLI zu einer Pressekonzferenz zur Dienstrechtsreform. Wir hatten im Dezember unsere Vorstellungen präsentiert (www.oeli-ug.at, Kreidekreis-Zeitung, Nr. 7/2010) und taten dies nun auch persönlich für die JournalistInnen. Die APA meldete „Unabhängige Gewerkschafter wollen 3.600 Euro Gehalt für jeden Lehrer“. Und die Zeitungen übernahmen's. Erfreulicherweise nicht nur die Überschrift, sondern auch die Inhalte:

Universitäre Ausbildung für alle Lehrpersonen, Anpassung des Dienstrechts an

die vielfältige Arbeit moderner LehrerInnen, gewählte Schulleitungsteams. Eine Umsetzung des einheitlichen Gehalts würde tatsächlich eine drastische Verwaltungseinsparung ermöglichen – man denke nur an die vielen Stunden, die wir kürzlich mit Vorrückungstichtagsneuberechnungsansuchen verbrachten. Oder an die Streitereien bei der Gehaltseinstufung von Fachtheorie-/praktikerInnen. Gerne kommen wir an eure Schule (oder ins Ministerium), um unsere Idee näher zu erläutern: oeli@kreidekreis.net

Josef Gary Fuchsbauer



ÖLI-UG – Definition einer flachen Gehaltskurve



W. Mayr u. R. Sellner, Pressekonferenz im Cafe Eiles

Who, the hell, was born in 1953?

Schicksal? Überfallsartige Pensionskürzungen aller ab 1954 Geborener eingeführt!



Wilfried Mayr
M.d. GÖD-Bundesleitung
Pflichtschulen und der ARGE Lehrer
mayr@oeli-ug.at

Wer spätestens am 31. Dezember 1953 geboren wurde, landet pensionsrechtlich noch vergleichsweise milde. Per Durchrechnung wird zwar die Pension schon ein wenig geschmälert, wer aber 40 Arbeitsjahre („beitragsgedeckte Gesamtdienstzeit“) zusammenbringt, kann mit 60 abschlagsfrei in Pension, mit noch relativ wenigen Durchrechnungsjahren. Bis zum Jahrgang 1953. Bei BeamtInnen werden zwischen Frauen und Männern dienst- und pensionsrechtlich keine Unterschiede gemacht.

Wer das Pech hat, am 01.01.1954 oder später geboren worden zu sein, sieht sich einer Flut von Verschlechterungen ge-

genüber, ansatzlos und ohne Übergänge, die diesen Namen auch verdienen würden. Einzige Ausnahme ist in einem Punkt der Jahrgang 1954, der noch in der alten Pensionsregelung („Beamtenpension“) enthalten ist, ab Jg. 1955 werden die Berufsjahre bis 2004 nach der Beamtenregelung und die folgenden nach dem PVA-Tarif (!) für die Pension berechnet. Nur dem Tarif nach, denn die PVA weiß davon (z.B. den Beiträgen) gar nichts. Der Dienstgeber Staat behält die Pensionsbeiträge seiner Bediensteten bei sich ein, Berufsjahre im eigentlichen PVA-System werden aber nicht gegenseitig angerechnet. Wer z.B. in einer Nebenbeschäftigung (Lehrauftrag an einer PädAk o.ä.) weniger als 15 Jahre gearbeitet hat, oder zwischendurch ein paar Jahre außerhalb des Staatsdienstes beschäftigt war, hat zwar brav Pensionsbeiträge einzahlen müssen, sieht davon aber pensionsmäßig keinen Cent.

Ärgerlich ist die ganze Sache deshalb, weil die Betroffenen bei ihrem im Vergleich mit MaturakollegInnen, die nicht in den öffentlichen Dienst eintraten, mageren Anfangsgehältern jahrzehntelang damit getröstet wurden, dass sie dafür gute Endbezüge und Pensionen mit mindestens 80 % dieser Endbezüge erhalten würden. Wer nach dem 40. Lebensjahr

mit Eigenvorsorge beginnt, zahlt dafür eindeutig mehr ein, als er/sie herausbekommt, denn Versicherungen sind nicht die Caritas. Die schmerzhafteste „Pensionsreform“ wurde von Schüssel & Co beschlossen, als die 1954er ins sechste Lebensjahrzehnt eintraten, also reichlich spät.

Warum Jahrgang 1953 eine dermaßen auffällige Grenze darstellt, ist bislang unklar. Weil 1953 eine Primzahl ist? Deren gibt es viele. Das Ende des 2. Weltkriegs wäre eine plausible Zäsur. Danach Geborene hätten die Schrecken des Kriegs nicht mehr erleben müssen. Ist es aber nicht. 1955: Staatsvertrag, „Österreich ist frei“? Ist es auch nicht. Warum genau 1953? Gehört etwa eine nahe stehende Person eines Entscheidungsträgers, oder gar er selbst, dem Jahrgang 1953 an? Schon eher möglich. Wir werden es vermutlich nie erfahren.

Die MitarbeiterInnen einer Geburtshilfestation, die am Silvesterabend 1953 einen Geburtsvorgang etwas hinauszögerten, um in die Schlagzeilen des Neujahrababys zu gelangen, konnten mit Sicherheit nicht wissen, was sie dem schutzbefohlenen Wesen damit antaten. Aus diesem Grund („Unschuldsvermutung“) sei von Racheakten Abstand zu nehmen.

Primat der Banken vor den Menschen

Wenn zwei das gleiche tun, ist es noch lange nicht dasselbe. Schon gar nicht in der ÖVP.

Wie wohl allen bekannt, hat Fritz Neugebauer, der GÖD-Chef und Nationalratspräsident, eine Verfassungsklage gegen die Pensionsverschlechterungen angekündigt und ist dafür von zahlreichen seiner ÖVP-ParteifreundInnen gerügt worden.

Interessanterweise hat ein anderer schwarzer Nationalratsabgeordneter auch eine Verfassungsklage angekündigt und ist dafür weder von den Medien noch von Parteifreunden gerügt worden: Herr Ikrath, die Wertpapiersteuer und der VfGH. Wie Neugebauer hat auch Ikrath nicht gegen die Budgetbegleitgesetze gestimmt und bekämpft trotzdem nun einen Teil davon: Die Banken wollen eine ohnedies läppisch geringe Steuer nicht zahlen.

Wieder einmal zeigt es sich, dass der Regierung und im Konkreten der ÖVP das Wohl der Banken wichtig ist, der gewerkschaftliche Einsatz für die Interessen der Menschen, im Konkreten der Alten, jedoch kritisiert wird.

Dass ein Gewerkschaftsvorsitzender sich für die Interessen der Mitglieder einsetzt, sollte in einer Demokratie die Normalität sein. Neugebauers Unterstützung für Klagen von Pensionsreformopfern müsste wohl auch jedem schwarzen Politiker als business as usual erscheinen.

Dass Neugebauer als Parlamentspräsident nicht für die Pensionverschlechterungen gestimmt hat und diese nun gerichtlich anfechten will, ist eine Sache. Dass die Anfechtung aber nur den Jahrgang 1954 (oder vielleicht noch wenige andere) betreffen wird und sich die Christgewerkschafter ansonsten mit dem Halbabschied des Staates aus der Altersvorsorge abfinden, ist die andere.

Wir glauben nicht, dass die Gewerkschaft nur an die 56-Jährigen zu denken hat. Oder will die GÖD die Jüngeren nicht als Mitglieder haben? Die von Neugebauers ÖVP initiierten und beschlossenen Pensionsreformen der letzten 14 Jahre bewirken, dass zwischen 2003 und

2028 die Höhe einer Monatspension um bis zu 50% sinkt (von Letztbezug bzw. 15 Jahre Durchrechnung bei Pensionsantritt mit 60 nach 36 Dienstjahren auf Lebensdurchrechnung bei Pensionsantritt mit 65 nach 41 Dienstjahren: Pragmatisiert mit Nebengebühren: minus 50%, Pragm. ohne Nebengeb.: minus 38%, Vertragslehr.: minus 23% - und das bei 5 Jahre längeren Pensionsbeitragszahlungen und 5 Jahre weniger Pension. Bei einer Lebenserwartung von 75 Jahren sinkt so die Pensionsleistung um 67 bzw. 58 bzw. 49%).

Wir haben daher einen Antrag eingebracht, in dem die GÖD aufgefordert wird, sich wieder für ausreichende staatliche Pensionen einzusetzen, statt Privatpensionen zu fördern.

Nach einem Artikel von Markus Koza v. 18.1.2011 in deialternative.org/belvedere/2011/1.

Josef Gary Fuchsbauer
Mitglied der GÖD-Bundeskonferenz
fuchsbauer@oeli-ug.at, 0680 2124358

Keine Bewegung bei den Bildungsbetonierern der ÖVP

Altes Gymnasium für die Kinder der besseren Leut' und neue Mittelschule für den Rest.

Die Österreichische LehrerInnen Initiative - Unabhängige GewerkschafterInnen für mehr Demokratie orten nur wenig Bewegung bei den Bildungsbeamteten der ÖVP.

Auf den fünf (5) Seiten des neuen ÖVP-Bildungsprogramms stehen wie gehabt soziale Selektion der Kinder im Volksschulalter, die Bewahrung des herkömmlichen Gymnasiums und als Innovation mittlere Reifeprüfungen nach der vierten Klasse der in neue Mittelschule umbenannten Hauptschule. Die Ausweitung des Schulversuchs neue Mittelschule ist die einzige Bewegung, weil sie das Abgehen vom Bestem auf die 10% Klausel bei nMS-Schulversuchen bedeutet, mit einer individuell fördernden und sozial integrativen ganztägigen Gesamtschule hat die ÖVP nach wie vor nichts am Hut. Von der Umbenennung versprechen sich ÖVP-Landeshauptleute mehr Bundesgeld für mehr LandeslehrerInnenstellenposten samt Landesverwaltungsposten für von Land zu Land wechselnde Modelle.

Für die HauptschülerInnen und ihre LehrerInnen dürfen die Arbeitsbedingungen je nach Landesmodell schon besser werden, wenn nur an der Langform der AHS nicht gerüttelt wird. Und da hat die ÖVP bereits einen auf Tüchtigsein und Auslese versessenen Mitstreiter gefunden: FPÖ-Strache profiliert sich bereits als Verteidiger des abendländischen Gymnasiums und Abwehrkämpfer gegen jede Art Gesamtschule.

In der ÖVP-Zustimmung zur Ausweitung der Schulversuche und in der vom Finanzminister und ÖVP-Parteichef in Aussicht gestellten Ausweitung des Bildungsbudgets zu ihrer Finanzierung sieht die ÖLI-UG einen Bewegungsansatz, allerdings will sich die ÖVP nur

rückwärts um sich selber drehen.

Neue Landes-Mittelschulen ändern nichts am Selektionsdruck, der Volksschulkindern und ihren LehrerInnen zugemutet wird, nichts am fragmentiert-zerspragelten Hauptschul-AHS-Unterstufensystem, nichts am Versickern von Bundesmitteln in einem von Landespartei-Interessen dominierten Pflichtschulbereich. Allerdings bietet der Ausweitungspassus im ÖVP-Bildungsprogramm der SPÖ-Bildungsministerin und den schulreformorientierten Abgeordneten die Chance, die zusätzlichen Budgetmittel an bundeseinheitliche pädagogische Standards zu binden, zu denen die Zusammenarbeit jedes Hauptschulstandortes mit einem AHS- bzw. BMHS-Standort ebenso gehört wie die Öffnung des Schulversuchs für alle AHS – und hier hätte die AHS-fcg.GÖD ihre Chance, ihre Schulversuchsboykotterie zu überdenken und dafür einzutreten, dass auch die AHS-Unterstufe zu zusätzlichen Ressourcen für Individualisierung und Förderung kommt – und zu Kooperation und Austausch mit APS-KollegInnen.

Dass es in den nächsten Jahren einen LehrerInnenmangel geben wird, sehen auch die Unabhängigen GewerkschafterInnen als Problem, aber anders als der neue AHS-Vorsitzende Eckehard Quin, fcg.GÖD, nicht als Killer-Argument gegen notwendige Schulreformen. Ressourcenzuwachs jetzt! Ähnlich sehen das übrigens auch die InitiatorInnen des Bildungsvolksbegehrens. Die parteiunabhängige ÖLI-UG versucht nicht erst seit dem PV-Wahljahr 2009 mit der Losung „Keine Angst vor Reformen, her mit den Bildungsmilliarden!“ die Freude am Lehrberuf und die Idee einer anderen, menschenfreundlicheren Schule

zu leben. Die Studierendenzahlen an PHs und Unis steigen, ein verbessertes Schulsystem mit besseren Lern- und Arbeitsbedingungen, dazu eine verbesserte und universitäre LehrerInnenbildung befördern die Attraktivität des Lehrberufes und seine soziale Anerkennung. Verstärkter Selektionsdruck, Schulangst und soziale Diskriminierung, ohne die sich Strache und der Retro-Flügel der ÖVP Schule nicht vorstellen können, bewirken das Gegenteil.

Die ÖVP bewegt sich – sie dreht sich mit ihrem Bildungsprogramm rückwärts im Kreis. Immerhin. Der großkoalitionäre Jubel darüber ist unangebracht. Aber wenn vor langem erstarrter Beton ins Drehen kommt, ist es vielleicht nur eine Frage der Zeit, bis er zerfällt.

ÖLI-UG-Pressesaussendung vom 21.1.2010 von Reinhart Sellner, Ingrid Kalchmair (AHS), Gabriele Bogdan, Wilfried Mayr (APS), Katharina Bachmann, Gary Fuchsbauer (BMHS)“

Schulsozialarbeit

Bei der Suche nach ReferentInnen für den BundeslehrerInnentag am 15.2.2011 in Linz sind wir mit Hermann Rademacker, Erziehungswissenschaftler in München, in Kontakt gekommen. Er hat uns u.a. einen Aufsatz zur freien Verwendung zukommen lassen. Hier ein kurzer Ausschnitt:

Konsequenzen für die Zusammenarbeit von LehrerInnen und SozialpädagogInnen. Kooperation kann auch mehr oder weniger schlecht gelingen. Marc Thielen identifiziert in einer Untersuchung folgende Typen der Kooperation:

1. Sozialpädagogik als Kontrolle (macht Angst)
 2. Sozialpädagogik als Supervision (hilfreich, aber nicht genug)
 3. Sozialpädagogik als gleichrangiger Partner (zweite Kraft im Unterricht neben Förderschullehrkräften)
 4. Sozialpädagogik als Unterrichtsassistenz (=Leiharbeiter).
- Entwicklungsfähige Ansätze finden sich in den Kooperationstypen 2+3. Gewünscht wäre ein Kooperationstyp:
5. Sozial- und Schulpädagogik als Partner. Arbeitsteilung und Kooperation in der Umsetzung eines gemeinsam erarbeiteten Konzepts für die Gruppe und jeden Jugendlichen im Bewusstsein gemeinsamer Verantwortung.

Das müsste sich doch machen lassen! Es spricht alles dafür, dass sich die Mühe lohnt.

Mit uns für eine gerechtere Welt

Ein Bildungsangebot für gesellschaftliches Engagement für Frauen und Männer mit Lebenserfahrung (in 5 Modulen, 22.03.-10.11.2011)

Konzept: Südwind OÖ (Susanne Loher und Hans Riedler); in Kooperation mit dem Bildungshaus Schloss Puchberg. Mitveranstalter: Kath. Bildungswerk

Ihre Lebenserfahrung und Ihr Wissen sind gefragt! Hier wird die globalisierte Welt als Chance begriffen.

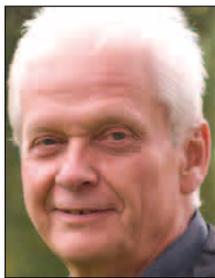
In fünf dreitägigen Modulen können Sie Kontakte zu Menschen aus Deutschland, Ungarn und Südafrika knüpfen und sich aktiv für eine gerechtere Welt ein-

bringen. Wenn Sie in jener Phase sind, in der die Pension nicht mehr weit ist oder bereits als neuer Lebensabschnitt Ihren Alltag verändert hat, und Sie sich nun fragen, wie Sie sich auch künftig sinnvoll einbringen können, sind Sie hier richtig. Wir bieten Ihnen nicht nur einen Raum, in dem Sie sich mit Gleichgesinnten austauschen können, sondern auch eine vertiefende Auseinandersetzung mit globalen Zusammenhängen und der Frage nach den Möglichkeiten gesellschaftlicher Beteiligung.

Weitere Informationen erhalten Sie unter <http://www.suedwind-agentur.at>.

Gesetzesbegutachtungen Dez. 2010 / Jän. 2011

Kleine Veränderungen oder doch ein großes Reformvorhaben?



Reinhart Sellner
ÖLI-UG-Vertreter in der
ARGE-LehrerInnen der GÖD

Was eine SCHUG-, eine Schulaufsichtsgesetz- und LandeslehrerInnen-Dienstrechts-Novelle mit dem neuen LehrerInnen-Dienstrecht, mit der Schulverwaltungsreform und mit jahrzehntelang verschobenen Schulreformen zu tun haben?

Ein neues, einheitliches LehrerInnen-dienstrecht, das den sich weiter verändernden gesellschaftlichen Anforderungen an Schule und Unterricht und den ArbeitnehmerInneninteressen der LehrerInnen entspricht, ist nicht in Sicht. Landespartei- und (vor allem AHS-) fcg.GÖD-Ansprüche, das standes- und machtbewusste Neben- und Gegeneinander von 5 LehrerInnengewerkschaften sind für Schulreformstau und ein jede Veränderung fürchtendes Besitzstandsdenken ebenso verantwortlich, wie die Geringschätzung von Bildung, die sowohl im jahrzehntelangen Verzicht der SPÖ auf eine konsequente bildungspolitische Auseinandersetzung mit der ÖVP ihren Ausdruck gefunden hat, als auch in vergangenen und aktuellen Bildungsbudgets von SPÖ-ÖVP, ÖVP-FPÖ und seit 2007 wieder SPÖ-ÖVP.

Die nach der Abwahl von Schlüssel-Grasser-Gehrer von BM Schmied begonnenen ökonomisch, sozial, demographisch und demokratisch begründeten Schulreformen – soziale Integration und Individualisierung, Gesamtschule, Standards für Grundkompetenzen, nationaler Bildungsbericht, Schulverwaltung, Dienst-Besoldungsrecht oder LehrerInnen-ausbildung – markieren viele Baustellen, von denen jede mit jeder und mit einer weiterhin restriktiven Bundesbudgetpolitik zusammenhängt. Die restriktive Budgetpolitik und die negativen Erfahrungen der LehrerInnen mit den Budgetsanierungs-„Reformen“ der Gehrer-Jahre, aber auch den Versuch von Schmied-Pröll 2009 statt des Bildungsbudgets die LehrerInnenarbeitszeit zu erhöhen, haben die LehrerInnen nicht

vergessen. Das nützen die in die Defensiv-geratenen AHS-fcg.GÖD-StandespolitikerInnen der ÖVP als Argumente fürs Fortsetzen ihrer fundamentalistisch anmutenden Reformblockade und ihres Heiligen Krieges gegen die Unterrichtsministerin.

Die aktuellen Gesetzesvorlagen des BMUKK sind vor diesem realpolitischen Hintergrund zu sehen, auch als Vorgriff oder Zwischenergebnis zur Dienstrechtsreform und als Versuch, auf diesem Umweg Schulverwaltungs- und Schulreform weiterzubringen. Für die Beurteilung durch parteiunabhängige GewerkschafterInnen, geht es vor allem um die ArbeitnehmerInneninteressen der LehrerInnen, aber auch um die Interessen aller ArbeitnehmerInnen an demokratischen und solidarischen Reformen im Bildungsbereich und im Arbeits- und Dienstrecht.

Von der Verordnungskultur zur Verantwortungskultur

Diese Aussage ist gut, wenn sie als Absage an eine obrigkeitlich-voluntaristische Unkultur des Anordnens durch BMUKK, LSR/SSR und SchulinspektorInnen verstanden wird, denen die realen Probleme und materiellen Voraussetzungen der Umsetzung kostenneutral egal sind. Zu einer neuen Verantwortungskultur braucht es aber nicht nur das BMUKK, QualitätsmanagerInnen vulgo Schulaufsicht und SchulleiterInnen, sondern ebenso das Wahrnehmen von Verantwortung durch Finanzminister und Bundesregierung und als weitere Voraussetzung für das Gelingen von Schullauf- und Schulreform das Wahrnehmen der LehrerInnen und ihrer ArbeitnehmerInnenrechte durch den Dienstgeber.

Ohne die vielen LehrerInnen, die Verantwortung gegenüber ihren SchülerInnen und gegenüber der Gesellschaft tagtäglich leben – gegen Budgetkürzungen und Reformverweigerung – wär' das österreichische Schulwesen längst zur Unreformierbarkeit verkommen.

Die drei vom BMUKK geplanten Gesetzesnovellen:

Die SCHUG-Novelle

bringt eine Präzisierung der Aufgaben der Schulleitung, die in den Vorgesprächen zur Dienstrechtsreform zwischen BMUKK und fcg.GÖD und FSG-Stellvertretern im Frühjahr/Herbst 2010 außer Streit gestanden sind. Das BMUKK ist in der Frage der Schulleitung derzeit auf einen (1) für alles verantwortlichen Schulleiter/eine Schulleiterin fixiert.

Die ÖLI-UG fordert darüber hinaus zur qualitätsorientierten Erfüllung dieser vielfältigen Aufgaben die gesetzliche Verankerung eines an der Schule gewählten Schulleitungsteams. Die ÖLI-UG fordert weiters mit der Präzisierung der Vorgesetzten-Funktion auch die Konkretisierung bzw. Aufnahme bestehender PVG-LehrerInnenrechte in die SCHUG-Novelle. Es genügt keineswegs, anlässlich dieser Novelle und angesichts der vielen Aufgaben, nur eine Gehaltserhöhung für SchulleiterInnen zu fordern, wie das der ZA-BMHS in seiner Stellungnahme tut.

Die Novellierung des Schulaufsichtsgesetzes

versucht ein neues Selbstverständnis der Landes-, Fach- und Bezirks(schul)inspektorInnen von der obrigkeitlichen Aufsichts- und Beurteilungsinstanz hin zur regionalen Moderation, Beratung und begleitenden Kontrolle der Schulentwicklung, die zunehmend eigenverantwortlich von den Schulen getragen werden soll. Dieser Paradigmenwechsel bringt Bewegung in parteipolitisch instrumentalisierte Landesschulverwaltungsabläufe und soll die Eigenständigkeit einzelner Schulen oder Kleinschulverbünde vorbereiten. Ausgeblendet bleibt dabei die von ÖVP-Landeshauptleuten abgeblockte Frage der unmittelbaren Bundeskompetenz für alle Schulen und deren Qualitätsentwicklung und die Bundeszuständigkeit nicht nur für die Bundes-schul-Aufsicht und BundeslehrerInnen, sondern auch für Landes- und BezirksschulinspektorInnen und LandeslehrerInnen.

Ein für alle Schulen verbindlicher Nationaler Qualitätsrahmen wird als Bezugsrahmen genannt, aber nicht definiert. Die Gesetzesnovelle soll den gesetzlichen Rahmen für Durchführungsbestimmungen schaffen, die von der alten Schulaufsicht und ausgewählten SchulleiterInnen bis 1.1.2013 ausgearbeitet werden sollen. Aufgaben des künftigen Schulqualitätsmanagements sind daher allgemein gefasst, als Steuerungsinstrumente einer neuen „Verantwortungskultur“ werden beispielsweise einseitige, der Privatwirtschaft abgeschauter Zielvereinbarungen genannt, die von den QualitätsmanagerInnen vulgo Schulaufsicht mit den SchulleiterInnen vereinbart und von den ArbeitnehmerInnen an der Schule im Rahmen der bereits vorhandenen Personalressourcen ausgeführt werden müssen. Das gilt auch für ein neues „schlanke“ Berichtswesen oder die zusätzliche gegenseitige Evaluation von Schulen.

Was im Entwurf fehlt und von der ÖLI-UG mit Nachdruck hineinreklamiert wird, ist die Verpflichtung des Zielvereinbarungspartners SSR/LSR zur Bereitstellung der fürs Erreichen der Ziele notwendigen Zeit- und Personalressourcen.

Zielvereinbarungen werden wenigstens im Bundesschulbereich bereits eingesetzt, in der Regel als Zielvorgaben des SSR/LSR an die BundesschuldirektorInnen, in der Regel mit LehrerInnen-Mehrarbeit ohne entsprechende Ressourcenzuteilung verbunden und unter Umgehung des PVG: Während erlassmäßige Vorgaben des SSR/LSR mit dem Fachausschuss der Personalvertretung abzuklären sind, werden Zielvereinbarungen von SSR/LSR im PVG-freien Raum abgeschlossen.

Der geplanten Schulaufsichts-Novelle fehlt jeder Hinweis auf zu wahrende ArbeitnehmerInnenrechte der LehrerInnen. Die ÖLI-UG fordert eine gleichzeitig in Kraft tretende Novelle des PVG, mit der die Mitwirkungs- und Mitentscheidungsrechte der schulischen Personalvertretung (Dienststellenausschuss / DA) bei Zielvereinbarungen verankert werden, da Zielvereinbarungen Arbeitsaufwand und Arbeitsbedingungen der ArbeitnehmerInnen am Schulstandort nachhaltig betreffen. An Landes-Schulen sind Dienststellenausschüsse an jeder Schule bzw. in jedem Kleinschulverbund einzurichten (derzeit gibt es nur an Bundesschulen Dienststellenausschüsse am Schulstandort).

Das LandeslehrerInnen-Dienstrechtsgesetz

soll durch eine Bundesgesetznovelle abgeändert werden, damit Berufsschul-LandeslehrerInnen an Berufsbildenden mittleren und höheren Bundesschulen und HauptschullehrerInnen an nMS-Gesamtschulversuchen an AHS-Standorten mit Teilen ihrer Lehrverpflichtung mitverwendet werden können. Für den AHS-Unterstufenbereich bedeutet das im allgemeinen, dass bei dem sich abzeichnenden AHS-LehrerInnenmangel unterbeschäftigte PflichtschullehrerInnen einen Teil ihrer Lehrverpflichtung an AHS erfüllen können. Erleichtert wird auch der stundenweise Einsatz von SonderpädagogInnen und anderen PflichtschullehrerInnen an Bundesschulen. Eine „volle“ Dienstzuteilung von LandeslehrerInnen an Bundesschulen war schon bisher möglich. Derzeit gibt es weder ein gemeinsames LehrerInnen-dienstrecht noch ein für Bundes- und Landesdienst gleichermaßen anwendbares Personalvertretungsgesetz.

Die ÖLI-UG fordert gleichzeitig mit der LDG-Novelle eine Novellierung des PVG vorzunehmen, in der die Zuständigkeit der Bundespersonalvertretung,



insbesondere des DA der Bundesschule, an der die Mitverwendung erfolgt, auch für die LandeslehrerInnen definiert und das aktive und passive Wahlrecht für die mitverwendeten KollegInnen vorgesehen wird. Im Rahmen der LehrerInnenbildung NEU und der anstehenden Dienstrechts- und Besoldungsreform fordert die ÖLI-UG universitäre Master-/Magister-Studienabschlüsse und die Gleichbehandlung aller im Dienst- und Besoldungsrecht. D.h. Keine „Verbilligung“ der LehrerInnenarbeit in der Sekundarstufe I (HS, AHS-Unterstufe), sondern ein(e) Upgrading(möglichkeit) für derzeit kürzer ausgebildete und schlechter bezahlte LandeslehrerInnen.

PV/Gewerkschafts-Schulungen

Auffrischung der Grundschulung und Erweiterung – auch für Neue in DA/GBA und Interessierte offen!

Tirol: Am Sa., 12. 3. 2011 von 10:00–17:00 Uhr in Hall in Tirol, Kaiser-Max-Str. 13, HAK.

OÖ: Di., 15. 3. 2011, 13:30–17 Uhr, am BundeslehrerInnentagsnachmittag im Volkshaus Dornach in Linz.

Anmeldung:

Bitte bis 04.03. bei oeli@kreidekreis.net oder 0680 2124358 anmelden.

Ferngesteuert

Vor lauter lebenslangem Lernen keine Zeit für Bildung!



Peter Steiner
ZA-BMHS-Mitglied
steiner@oeli-ug

LLL - Life Long Learning

Alle LehrerInnen können wohl zustimmen, dass nichts positiver ist, als die Bereitschaft, sein Leben lang Neues zu erfahren, darüber mehr Kompetenzen zu erwerben und seine Persönlichkeit um wichtige Aspekte zu ergänzen, erweitern und zu verändern. Wer hat nicht schon seinen SchülerInnen gepredigt, wie wichtig das ist, manchmal auch wie lustvoll das sein kann! Damit verbindet sich zugleich die Hoffnung, die Gesellschaft im Sinne von „besserer Zukunft“, „humanerem Umgang mit einander“, „solidarischem und gerechtem Leben“ zu verändern. Neben diesen humanistischen Zielen ist mit LLL seit der SPÖ-Bildungsreform der 1970er-Jahre die Schaffung von Chancengleichheit verbunden.

Fremdsteuerung statt Selbstbestimmung

Schöne Ziele, gute Ziele! Vielleicht aber nur vergebliche Hoffnungen. Mit der Dominanz des Marktes und seiner angeblich immer gültigen Gesetze bekommen diese Ziele keine andere Funktion als die einer Leuchtreklame, die die „permanente Bearbeitung“ des eigenen Lebens zum „Freiheitsgewinn hochstilisiert“, so Rudolf Egger, Univ.Prof. für Pädagogik an der Karl Franzens Universität Graz. „Die Vermehrung der Handlungs- und Autonomieräume bleibt hier eine Chimäre, da durch diese Strategien vor allem Effekte der Selbstkontrolle und -disziplinierung vorangetrieben werden, die Individuen vereinzeln, instrumentell disponibel an die launischen und rasch wechselnden Erfordernisse der globalisierten Produktionswelten anpassen sollen.“

Und das heißt nichts anderes, als dass aus Bildung, die nach eigenen Bedürfnissen und Anliegen erfolgt, fremdgesteuerte Ausbildung wird. Die Selbstbestimmung wird durch Selbstkontrolle im Interesse marktwirtschaftlicher Ziele

und Politik ersetzt. Die Illusion, handlungsfähiger zu werden, bleibt dabei erhalten und sogar verstärkt.

Kaufen statt erarbeiten

Die Folgen: Bildungssysteme können als teure Angebote auf den Markt geworfen werden. SchülerInnen, StudentInnen und Weiterbildungswillige werden zu KonsumentInnen, zu KundInnen, die für die Ware „Bildung“ zu zahlen bereit sind. Umso mehr als diese Ware auch noch verknappt wird und damit im Marktwert steigt.

Nichts anderes erleben wir in Österreich. Während die Politik die Bedeutung von „Bildung“ an die erste Stelle in der gesellschaftlichen Prioritätenliste hebt, werden die Mittel für Schulen und Universitäten knapp gehalten. Unterrichtszeit, die die Voraussetzung für qualitative Bildung ist, wird ebenso gekürzt wie die finanzielle Ausstattung. Und bei den SchülerInnen wie Eltern setzt sich die Konsummentalität ebenso durch. Ich zahle viel für Bildung, also darf ich auch, ohne mein Zutun, prompte Lieferung erwarten.

Die Furcht, kein Stück des Bildungskuchens zu erhaschen, bereitet den Boden auf, Eingangsprüfungen, Knock-Out-Verfahren und Studiengebühren zu akzeptieren. Denn schließlich könnte ja mein Kind oder ich selbst unter jenen sein, die die Prüfungshürden doch überwinden oder doch das Geld auftreiben könnten, um sich „Bildung“ kaufen zu können. 6 aus 45 mit hohem Einsatz. Und dem Effekt, dass sich die Situation noch mehr verschärft.

Mit Selbstbestimmung hat das nichts mehr zu tun und mit Lebensqualität schon gar nicht. Denn vor lauter Lernen finden wir keine Zeit mehr für die Bildung.

Der Artikel basiert auf den Ausführungen von Rudolf Egger, Univ.Prof. für Pädagogik an der Karl Franzens Universität Graz. Egger arbeitet seit Jahren über die Themen Andragogik und Bildung unter den Voraussetzungen neoliberaler Gesellschaften.

Bildungsvolksbegehren

Unter www.oeli-ug.at finden Sie unsere (und andere) Meinungen zum Bildungsvolksbegehren und andere aktuelle Bildungsdiskussionen (in „News“) sowie unsere Aussendung vom 7.12.2010 „ÖLI-UG zu PISA: Schulsystemfehler beheben!“ (in Kreidekreis-Zeitung Nr. 7/2010, Seite 14a im pdf).

Kinderrechte

Jetzt in der Verfassung verankern!

Aufruf der Initiative „Gegen-Unrecht“ für Kinderrechte der Caritas, Diakonie, Amnesty International und SOS Kinderdorf. Die Initiative wurde gegründet, nachdem im Zuge von Abschiebungen Kinder in Abschiebehaft gelandet waren.

Liebe Unterstützerin, lieber Unterstützer der Initiative Gegen-Unrecht. Seit dem Start unserer Initiative Mitte Oktober 2010 haben wir gemeinsam einiges bewegen können. Dank Ihrer Unterstützung sagen bis heute mehr als 115.000 Menschen und über 75 Organisationen:

„Kinder gehören nicht ins Gefängnis!“

und fordern u.a. die uneingeschränkte Verankerung der Kinderrechtskonvention in der Verfassung. Heute hat sich das Parlament erstmals im Petitionsausschuss mit unseren Forderungen befasst. Morgen, nur einen Tag später, soll im Verfassungsausschuss als erster Schritt die Verankerung der Kinderrechtskonvention in der Rechtsordnung angegangen werden.

Wir fordern: Qualität muss hier vor Tempo gehen. Wir sind besorgt, dass morgen im Verfassungsausschuss versucht wird, den alten Textentwurf einfach unverändert „durchzuwinken“. Damit ist zu befürchten, dass nur ein Teil der UN-Kinderrechtskonvention tatsächlich in der österreichischen Rechtsordnung verankert wird.

Wir aber sagen: Bei Kinderrechten darf nicht mit zweierlei Maß gemessen werden. Kinderrechte müssen ohne Wenn und Aber für alle Kinder in Österreich gelten, unabhängig von ihrer Nationalität, ihrem Zuwanderungsstatus oder dem ihrer Eltern! Und Familien mit kleinen Kindern, die vielleicht schon jahrelang unbescholten in Österreich leben und bestens integriert sind, brauchen ein Bleiberecht. Und zwar in einer sauberen, rechtsstaatlichen Weise.

Wir appellieren daher an die Abgeordneten des österreichischen Parlaments, die vorliegende Gesetzesvorlage zu überarbeiten und allen Kindern in Österreich die gleichen Rechte einzuräumen – ohne Vorbehalt! Und wir werden weiter für die uneingeschränkte Verankerung der Kinderrechte kämpfen.

Bitte unterstützen Sie uns, indem Sie Menschen in ihrem Bekanntenkreis in Foren, Blogs und sozialen Netzwerken dazu einladen unsere Initiative Gegen-Unrecht zu unterstützen. Danke!

www.gegen-unrecht.at

Weltfrauentag 8. März 2011

Frauen unterrichten und Männer leiten die Schule!

Anlässlich des bevorstehenden Weltfrauentages haben ÖLI-KollegInnen der APS-Wien (www.apflug.at) ein Flugblatt zur Situation der Lehrerinnen an Österreichs Schulen zusammengestellt. Ihr könnt es bei halama@oeli-ug.at oder oeli@kreidekreis.net bestellen. Darin wird aufgezeigt, dass zwar der Frauenanteil unter den Lehrpersonen aller Schultypen in den letzten Jahrzehnten stark gewachsen ist, Schulleiterinnen hingegen noch weitgehend in der Minderheit sind. Von 1960 bis 2008 stieg der Frauenanteil in den Volksschulkonferenzzimmern von 54 auf 90%, in HS von 48 auf 70%, AHS: 38 auf 61%, BMHS: 36 auf 51% und in Berufsschulen von 45 auf 70 Prozent. Der Anteil der

Direktorinnen ist allerdings zB in den Hauptschulen nur 26%, in den AHS nur 24% oder in den Berufsschulen gar nur 9 Prozent - oder umgekehrt dargestellt: 45% der Berufsschullehrer sind männlich, aber 91% der dortigen Direktoren. In den Volksschulen ist zwar nur jeder dritte Direktor männlich, aber eben auch nur jeder zehnte Lehrer!

Dass der Frauenanteil unter der LehrerInnen so hoch ist, und dass er gerade unter den schlechter bezahlten LehrerInnen am höchsten ist, oder eben wieder umgekehrt betrachtet, dass der Männeranteil in diesem Beruf so gering ist, hat wohl auch etwas mit Image und Bezahlung zu tun.

Die Frauen in der ÖLI-UG fordern daher

auch anlässlich des Weltfrauentages u.a. eine hoch qualifizierende Ausbildung für alle LehrerInnen (Masterstudium) und entsprechend attraktive Gehälter.

Übrigens: Sa. 19.03.2011, hundert Jahre nach dem 19.03.1911, als 20.000 Frauen (und Männer) für mehr Frauenrechte auf die Straße gingen gibt es eine Demonstration für Frauenrechte am Wiener Ring, Beginn 14:00 Uhr am Schwarzenbergplatz. Weitere Informationen erhalten Sie unter www.zwanzigtausendfrauen.at.

**Demonstration für Frauenrechte
AUS! Aktion Umsetzung. Sofort.
19. März 2011, Beginn 14:00 Uhr
Schwarzenbergplatz**

Wann werden Sie ÖLI-UG Mitglied?

Wir kämpfen gegen den Stillstand im österreichischen Bildungssystem, helfen Sie uns bitte!

Die Österreichische LehrerInnen Initiative – Unabhängige GewerkschafterInnen für mehr Demokratie ist eine **parteionabhängige** Berufsvereinigung von LehrerInnen, die sich in Personalvertretung und Gewerkschaft, in ihrer Zeitung „Kreidekreis“ und in Veranstaltungen für die beruflichen Interessen der LehrerInnen einsetzt. Nach den letzten Personalvertretungswahlergebnissen repräsentiert die ÖLI 15% der LehrerInnen

(von 10% bei den LandeslehrerInnen bis 26% bei den BMHS-LehrerInnen).

Für ÖLI-Mitglieder, welche mindestens € 25,- /Monat Mitgliedsbeitrag per Dauerauftrag auf das ÖLI- PSK-Konto Nr. 78420 320, BLZ 6000 bezahlen wird auf Antrag eine Berufsrechtsschutzversicherung inkludiert. Der ÖLI-Mindestbeitrag gemäß Generalversammlung vom 03.10.2006 beträgt € 30,- /Jahr und ein Kreidekreis-Abo kostet € 7,- /Jahr.

Der ÖLI-Mitgliedsbeitrag kann unter „Beiträge zu Berufsvereinigungen“ beim Jahresausgleich geltend gemacht werden d.h. Sie bekommen 43,2% zurück. Der Jahresbeitrag von € 360,- reduziert sich dadurch auf € 204,- netto (bei Monatsbrutto ab ≈ € 2.500,-).

Schreiben Sie uns einfach unter oeli@kreidekreis.net, wir werden Ihnen gern Informationen zusenden oder besuchen Sie uns unter www.oeli-ug.at.

Impressum

EHV: ÖLI-UG
Österreichische
LehrerInnen Initiative -
Unabhängige Gewerk-
schafterInnen für mehr
Demokratie

4643 Pettenbach
Pflasterweg 7.

Redaktion:
Josef Gary Fuchsbauer,
Dietmar Mühl und
die AutorInnen der
Beiträge.

Papieraufgabe: 20.000.

Der Kreidekreis ist
das Informations- und
Diskussionsorgan der
ÖLI-UG. LeserInnen-
Beiträge zu schulrele-
vanten Themen sind
jederzeit willkommen!

P.S.K.		ERLAGSCHEIN - EURO	
		EUR	Betrag
Kontonummer EmpfängerIn	BLZ Empfängerbank	Empfängerbank	
7 8 4 2 0 3 2 0	6 0 0 0 0	P S K	
Empfänger Ö L I - Ö s t . L e h r e r I n n e n I n i t i a t i v e			
Unterschrift AuftraggeberIn - bei Verwendung als Überweisungsauftrag		Verwendungszweck	
		<input type="radio"/> Mindestmitgliedsbeitrag (30,-/Jahr) <input type="radio"/> Kreidekreis-Abo (7,-/Jahr) <input type="radio"/> Mitgliedsbeitrag (30,-/Monat) <small>(beinhaltet Kreidekreis-Abo und Rechtsschutz)</small> <input type="radio"/> <input type="radio"/> Ich möchte Berufsrechtsschutz	
Kontonummer AuftraggeberIn	BLZ-Auftragg./Bankverm.		
AuftraggeberIn/EinzahlerIn - Name und Anschrift			
Telebanking: <u>Name/Adr./Mail</u> angeben			
<input type="radio"/> Bitte sendet mir eine Bestätigung für's Finanzamt			
			005
78420320>			10+

Diakonie Bildung

Evangelisches Schulwerk A.B.

Die Diakonie Bildung betreibt die Evangelischen Schulen und Horte in Wien und Umgebung sowie eine Reihe von Evangelischen Kindergärten in mehreren Wiener Bezirken.

Das Unternehmen beschäftigt rund 350 MitarbeiterInnen an 15 Standorten. Eine zeitgemäße Pädagogik, Innovationsfreude und qualifizierte MitarbeiterInnen mit hohem Engagement machen die Qualität unseres Angebots aus.

Im Zuge der Erweiterung unseres Evangelischen Realgymnasiums Donaustadt suchen wir für das Schuljahr 2011/2012

engagierte Lehrerinnen und Lehrer für alle Fächer!

Weiters suchen wir diplomierte VolksschulpädagogInnen für einige unserer Volksschulen in Wien.

Wir bieten

- Arbeit in einem pädagogisch fortschrittlichen Umfeld
- Mitgestaltungsmöglichkeit in der Entwicklung der neuen Schule
- Sehr gutes, kooperatives Arbeitsklima in allen unseren Teams
- Offenheit und Struktur seitens der Leitung und des Schulerhalters
- Beibehaltung Ihres öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisses

Das Realgymnasium wird in der Unterstufe als Wiener Mittelschule geführt. Nähere Informationen zur Stellenausschreibung sowie zu den Inhalten der Schulen und zur pädagogischen Ausrichtung finden Sie unter

www.diakonie.at/bildung und unter www.erg-donaustadt.at

Wenn wir Ihr Interesse wecken konnten, freuen wir uns auf Ihre ausführliche, schriftliche Bewerbung bis zum 01.04.2011 – ausschließlich per E-Mail - an:

Diakonie Bildung gem. GmbH, Personalabteilung,
z.H. Karin Anna Kovacs, Teinergasse 3/12, 1170 Wien,
E-Mail: karin.kovacs@diakonie.at.

Werbung

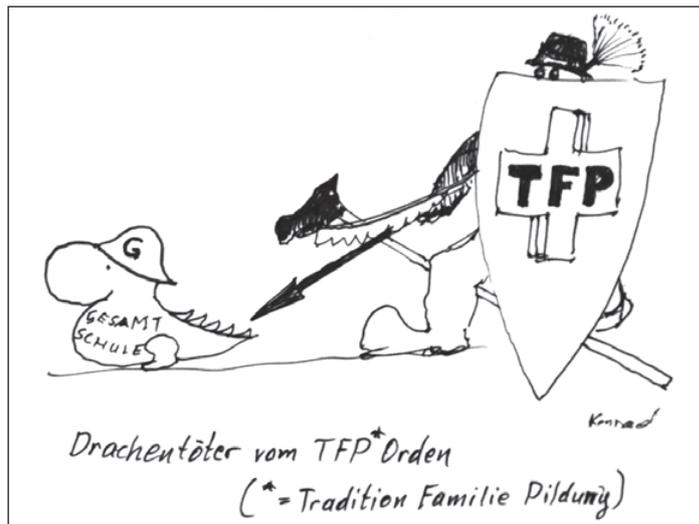
LehrerInnenausbildung wird reformiert

Aber doch nicht zu Schmalspur-PädagogInnen!

Am 27. Jänner haben die Bundesministerinnen Claudia Schmied und Beatrix Karl ein Bekenntnis zu einer gemeinsamen Ausbildung für alle PädagogInnen bekräftigt. Eine 7er-Gruppe unter Leitung des VP-Bundesrates Schnider erarbeitet gerade ein Konzept.

Eigentlich wollen alle die besten und bestausgebildeten PädagogInnen in den Kindergärten und Schulen der Zukunft. Doch in den Aussagen der PolitikerInnen klingen schon wieder Schmalspurvarianten durch. ÖLI-UG und universitäre Plattform LehrerInnenbildung haben sich wiederholt nach internationalem Vorbild für eine universitäre Ma(gi)ster-Ausbildung für alle PädagogInnen ausgesprochen.

Siehe auch <http://www.oeli-ug.at/index.php?id=presse>.



Österreichische Gesellschaft zum Schutz von Tradition, Familie und Privateigentum – TFP im Kampf zur Wiederherstellung einer christlichen Zivilisation mit ihrem Schülerbegehren - NEIN ZUR GESAMTSCHULE!

Die ÖLI-UG Buchempfehlung

**Eliten und Macht in Europa:
Ein internationaler Vergleich.**

von Michael Hartmann, Campus Verlag

Der deutsche Soziologe zeigt auf, dass 70 Jahre nach der Nazi-Zeit der Begriff Elite wieder positiv besetzt wird und die (Finanz-)Adeligen wieder öffentlich offensiv ihre Interessen vertreten. Die Rekrutierungsbedingungen der Eliten sind in den europäischen Staaten sehr unterschiedlich. In Frankreich sind fast nur Kinder aus reichen Familien an der Macht. In Deutschland sind zur Zeit 3 „von“s in der Regierung und womöglich ein „zu“ bald Bundeskanzler. Da ist es nicht verwunderlich, wenn in Österreich die Adeligen ein „Schülerbegehren“ zur Verteidigung der elitären Gymnasialausbildung starten (www.tfp.at).

Salcher nicht mehr Schüleranwalt

Ehe wir das einfach übersehen: Eine der „erfrischendsten“ und „notwendigsten“ Erscheinungen am Firmament des österreichischen Boulevard hat sich in den „wohlverdienten“ Bildungshysterie-Ruhestand zurückgezogen.

Ich bin schon gespannt, welchen neuen Beruf er für sich erfindet. Lassen wir uns überraschen. Auch davon, welcher „Held“ die frei gewordene Stelle besetzen wird.

Da fallen mir schon ein paar entwicklungsfähige Kandidaten ein: Österreichs next Super-Pädagoge! Mein Vertrauen in eure Fantasie und der Beamtenstatus halten mich davon ab, hier deutlicher zu werden! Genießen wir die kurze Zeit der abschwellenden Kakophonie.

Ralf Wimmer

Wollen Sie besser informiert sein? Besuchen Sie uns auf

www.oeli-ug.at!

ÖLI ZVR-Zahl 125480687 An:

Falls unzustellbar bitte zurück an:

4643 Pflasterweg 7

DVR: 0581518